



Wider einen geheimen Hochschulplan

Warum wird der sogenannte Hochschulplan nicht offen und mit unmittelbar Betroffenen diskutiert? Was der Sinn eines Hochschulplanes ist, der wohl das Universitätsgesetz nicht ersetzen und möglicherweise auch nicht verbindlich ergänzen kann.

Der UniversitätslehrerInnenverband hat als erster gleich nach Beginn des neuen Jahres eine Produktwarnung bezüglich des Österreichischen Hochschulplans herausgegeben, und das aus mehreren guten Gründen. Bedenkt man, dass ein Dokument, welches den Titel "Österreichischer Hochschulplan" trägt, wohl nur so verstanden werden kann, dass es für die gesamte universitäre Landschaft zentrale Weichenstellungen enthält, dann ist es schon mehr als bedenklich, wenn dieses Dokument nicht zwecks gründlicher Diskussion zirkuliert, sondern ganz im Gegenteil unter Verschluss gehalten und auch auf der Web-Seite des Ministeriums vergeblich gesucht wird. Nur mit ausgewählten Verbänden wird der Dialog gesucht.

Die Universitätspolitik wird also jetzt weitgehend einer Geheimstrategie unterworfen. Zu blöd nur, dass sich wiederholt, was für die vertraulichen Berichte des Rechnungshofes längst Usus ist: Es lässt sich nichts vertraulich behandeln, bei dem so viele „Stakeholder“ aufgeregt mit den Füßen scharren. Daher sei die Produktwarnung des ULV, die sich auf eine zweite (revidierte) Fassung des ominösen Papiers bezieht, hier wiederholt:

1. Das Papier ist in sich widersprüchlich, weil darin in einem einleitenden Teil unter anderem die forschungsgeleitete Lehre programmatisch verankert, dann aber die rechnerische Trennung von Forschung und Lehre propagiert werden. Das mag für ein System, in dem die Einwerbung von Drittmitteln für die Forschung zur Überlebensstrategie einer Universität erhoben wird, sehr zweckmäßig erscheinen – ist es aber nicht: Denn es würde beispielsweise bedeuten, dass in einem Seminar kein Gedanke mehr geäußert werden kann – und darf, der in die Forschung einfließt, weil ja sonst der zeitliche respektive finanzielle Aufwand aliquotiert werden müsste – was wiederum dem Grundprinzip widerspräche.
2. Es werden Autonomie und Wettbewerb – wiederum und programmatisch – hervorgehoben, welche ja auf Grund des Universitätsgesetzes 2002, und zwar unter Verursachung hoher

Kosten, seit 2004 Einzug gehalten haben. Dann aber spricht das Papier von Planung, Koordination, Fächerabgleich und Synergien, was das eben noch gelobte Konzept von Autonomie und Wettbewerb durchlöchert und damit in der postulierten Form mit diesem unvereinbar ist.

3. Außerdem werden bestehende ordnungspolitische Verhältnisse der Hochschulpolitik auch dadurch unterlaufen, dass Fachhochschulen in der künftigen Hochschulkonferenz mit fast der gleichen Stimmstärke vertreten sein sollen wie Universitäten – das aber bei nur 10% Anteil an Studierenden!
4. Die beabsichtigte Hochschulkonferenz ist in ihrer jetzt vorgesehenen Zusammensetzung völlig unhaltbar! Die einzelnen, sehr unterschiedlichen Universitäten sollen insgesamt nur durch ein einziges Senatsmitglied vertreten sein und alle anderen VertreterInnen sind Funktionäre außeruniversitärer Gremien! Personen, die tatsächlich im universitären Geschehen stehen, gibt es in der geplanten Hochschulkonferenz nicht (mehr)! Sie kommen auch im gesamten Hochschulplan nicht vor, sowie auch die im Hochschuldialog als Ergebnis formulierten Empfehlungen dort nicht mehr aufscheinen. Ein Plan, ein Organ, die angeblich Ergebnis eines mit den Hochschulpartnern entwickelten Entwurfs sind, entsprechen nicht den demokratischen Grundprinzipien des 21. Jahrhunderts sondern sind ein Rückfall in die zentrale Planwirtschaft. Die Hochschulkonferenz selbst ist allerdings angesichts reichlich vorhandener anderer Gremien eigentlich überhaupt entbehrlich!

Kurz und gut: Mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht – dann mach noch einen zweiten Plan: Geh'n tun sie beide nicht. Aber wir wollen nicht nur Bert Brecht zitieren, sondern in seinem Geiste Widerstand anmelden. Sic!

Der neue Weg zur Kohle

Candidus Zwick über Rektorengehälter – Satire von Wolfgang Weigel

Hochgeschätzter Kollege, lieber Justus!

Da haben wir den Salat: Gequälte Studenten, prüfungstaxengestopfte Professoren, Mitarbeiter auf Schleudersitzen, krauses Zeug als wissenschaftliche Leistung ... als ob die Reputation der armen Alma Mater nicht ohnehin schon am Boden läge. Jetzt auch das noch: Rektorengehälter in schwindelnden Höhen. Nein, nein, die Rektoren schwindeln nicht, oder zumindest ist es ihnen nicht gelungen; denn die großen Tageszeitungen wissen davon ebenso wie die ganz kleinen. Seitdem so ein Hauch von Liberalisierung in die Universitäten hineingetragen worden ist und Rektoren nicht mehr automatisch Professoren der eigenen Uni mit Dienstfreistellung und amtlich geregelten Bezügen sind, schnellen die Jahresgehälter nach oben (sagen die großen und kleinen Zeitungen) – und wie.

Na ja, neulich hat mir ein Kollege, der zu Hause Hayek auf einem Piedestal verehrt, etwas von „Self-Assessment“ gesagt, also: Der Wert ergibt sich aus der Selbsteinschätzung. Na, das ist in einer freien Welt klar, da lässt man sich nichts von außen sagen. Aber, mein Freund, haben wir nicht gelernt, dass der Markt entscheidet: Angebot und Nachfrage, Wettbewerb. Huh, dass hieße ja, dass entweder das Angebot (an geeigneten KandidatInnen) bei entsprechender Nachfrage klitzeklein ist – wäre traurig, aber verständlich, dass die, um die a G'riss ist, davon auch etwas haben. Aber stell Dir vor, wie erschreckend es wäre, dass es zu wenige Kapazunder für das Rektorengeschäft gibt. Denen muss man ja

schon einiges bieten, damit sie sie nicht so leicht abwerben lassen.

Also, mein Allerbesten, mit der Vernunft allein kann man dem Mysterium nicht beikommen: Verschwörungstheorie ist angesagt, Verschwörung zwischen Aufsichtsräten und Rektoren, jaahh. Aber warum haben dann nicht alle einheitlich dreihunderttausend und mehr, warum gibt es Bescheidenheit? Wegen der Größe der Uni, wegen des hundsgemeinen Verfahrens, wie Unis ihr Budget zugewiesen bekommen und hungerleidende Kunstunis da halt schlecht aufgestellt sind gegenüber unersetzlichen TeUs?

Justus, Justus, je privater die Universitäten werden, desto mehr Rätsel geben sie auf, werden immer unheimlicher und stürzen hoffentlich nicht in sich zusammen, weil an der Spitze Männer und Frauen stehen, die von der Goldmarie gelernt haben, wie man Taler im eigenen Schürzchen fängt.

Na ja: Sie kommen an ein paar pleitegegangene Industriekapitäne und Fondsmanager zwar noch nicht heran, aber: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich recht ungeniert. Panzertüren sind in den Rektoraten ja noch nicht eingebaut worden, glaubt Dein höchst besorgter Freund und Kollege mit einem noch nicht ganz resignierenden Gruß

Candidus Zwick

Das Faculty-Modell

Faculty, unser Mantra

Das Faculty-Modell ist immer noch aus dem Regierungsprogramm herauslesbar, ist immer noch ein Konzept, welches die verfahrenere personelle und motivationale Situation an den Universitäten retten könnte, ist immer noch (oder eigentlich schon wieder) ein Angriffspunkt einer trotz Generationswechsels erschreckend kurzsichtigen Riege von ProfessorInnen, und ist immer noch eines der erklärten Ziele zukunftsorientierter, aufgeschlossener UniversitätslehrerInnen.

Faculty heißt, dass in Forschung und Lehre Tätige ab einem bestimmten Qualifikationsniveau in einer Gruppe vereint sind und dort prinzipiell ein durchgehendes Laufbahnbild vor sich haben. Strenge Qualifikationstests sichern, dass eine solche Laufbahn tatsächlich nur bei Erbringung entsprechender Leistungen aufrecht bleibt. Zugleich wird das

Kastenwesen aufgehoben, welches heute noch immer durch die Kurienuniversität kultiviert wird.

Faculty ist ein Schritt zur Emanzipation und ein Schritt zum gegenseitigen Respekt, der sich nicht mehr auf eine festgeschriebene Rangordnung stützt, sondern auf Leistung zur Erfüllung einer gemeinsamen verantwortungsvollen Aufgabe. Universitätspolitische Willensbildungsprozesse und Entscheidungen können im Faculty Modell endlich im Dienste gesamtuniversitärer Erfordernisse stehen und sind dann nicht mehr quasi automatisch Ausfluss strategisch vertretener Partikularinteressen. Faculty, was sonst?

Wolfgang Weigel, *ULV-Pressereferent*

PädagogInnen(aus)bildung Neu –

Stillstand oder doch einige, wenige Quantensprünge?

Hoffentlich sind es nicht Quantensprünge im engen Wortsinn, die da angebahnt werden: Das wäre die einer positiven Entwicklung entgegengesetzte Richtung!

Alle ExpertInnen und an der Bildung unserer Kinder Interessierten raten, dass die Ausbildung aller PädagogInnen an den Universitäten erfolgen muss, angefangen von ElementarpädagogInnen (Kindergarten), über jene der Primarstufe (Volksschule), wie auch für die Sekundarstufe 1 und 2 („Unterstufe“ bzw. „Oberstufe“). Dies würde auch eine Karrieredurchlässigkeit im LehrInnenberuf ermöglichen. Internationale Erfolgsmodelle in Skandinavien zeigen, wie solche Modelle funktionieren (können). Insbesondere ist aber klar, dass einer Änderung bzw. Reformierung des Schulsystems eine entsprechend verbesserte Ausbildung der in diesem System tätigen LehrerInnen vorangehen muss – nicht umgekehrt. Denn nur mit zeitgemäß ausgebildeten PädagogInnen ist eine grundlegende und nachhaltige, also echte Systemänderung vorstellbar.

Österreich geht einen anderen Weg: Aus der alten Hauptschule (AHS) wird die NMS (Neue Mittelschule). Die Ausbildung des Lehrpersonals erfolgt indessen größtenteils an den erst kürzlich umbenannten Pädagogischen Hochschulen (mit überwiegend demselben Personal, ohne neue, verbesserte Qualifikationen).

Ein Quantensprung? Im physikalischen Sinn ja, denn es handelt sich dabei um die kleinst mögliche Zustandsänderung, meist von einem höheren auf ein niedrigeres Niveau. Nebenher existieren weiter die AAHS (Alte AHS), sowie das österreichische Erfolgsmodell BHS.

Die geforderte und sinnvolle Koedukation aller Kinder und Jugendlichen bis zur achten oder neunten Schulstufe scheint vom Tisch, die Vorentscheidung über die Lebenslaufbahn muss weiterhin früh und meist ohne Rücksicht auf die individuellen Begabungen getroffen werden – und zwar durch die Eltern und nicht durch die betroffenen Kinder, die in diesem Alter die Tragweite ihrer Entscheidungen entwicklungsbedingt nicht erfassen können. Inwiefern Parteipolitik und Proporz hier die übergeordnete Rolle spielen, sei dahingestellt.

Ein weiterer Quantensprung (in obigem Sinne) ist die Einführung der Zentralmatura, gefürchtet vor allem in einem Fach, wo es zum guten Ton gehört, es „nie verstanden zu haben“. Ob diese neue Art der Matura wirklich verwendbare oder vergleichbare Ergebnisse liefern wird, ist unbewiesen (Stichwort: Mangelnde Evaluation) und umstritten (Stichworte: Mangelnde Vorbereitung und Etikettenschwindel). Bei durchdachter Umsetzung könnte

eine Kompetenzorientierung in den Aufgabenstellungen möglicherweise mündigere StaatsbürgerInnen erzeugen.

Mündigere und qualifiziertere StaatsbürgerInnen, die über den berühmten Tellerrand blicken können, würden sich auch entwickeln, wenn es gestattet wäre, über den Fächerkanon nachzudenken. Auch diesbezügliche Änderungen in der Ausbildung müssen grundlegende Beachtung finden.

Zunächst sind für alle PädagogInnen gewisse Grundkenntnisse Voraussetzung. Dazu gehören natürlich neben psychologischem und pädagogischem Grundwissen, insbesondere ausgezeichnete Sprachkenntnisse, die Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen sowie die Kenntnis der neuesten Forschungsergebnisse über den Erwerb derselben, grundlegende naturwissenschaftliche Kenntnisse, sowie IKT-Kenntnisse und der Umgang mit IKT (Internet- und Telekommunikationstechnologie). Fragen, wie die Welt aufgebaut ist und wie sie funktioniert, sollten ebenso ihren Platz finden, wie auch ethische Grundsätze verinnerlicht und vorgelebt werden sollten.

Der österreichische Weg sieht wieder einmal anders aus: Mehr Inhalt bei gleicher Stundenzahl im Studium, selbstredend kostenneutral. Aber – wie schon namhafte VertreterInnen dieser Regierung sagten: „Was nichts kostet, ist nichts wert!“

Ein Lösungsansatz für die offensichtliche Ausbildungsmisere muss wohl sein, dass die Universitäten – einzeln, gemeinsam oder aber auch in Kooperation mit den pädagogischen Hochschulen – praktikable Modelle entwickeln, wie die zukünftige PädagogInnenausbildung organisiert und mit höherer Qualität als jetzt durchgeführt werden kann. Hier bietet sich etwa das Modell einer „School of Education“ an, als Heimat der PädagogInnen an ihrer Universität, mit Lehrkräften, die sowohl dieser als auch ihrem Fachbereich zugeordnet sind. Die Universität Salzburg scheint ein solches Modell erfolgreich zu entwickeln und zu implementieren: Wohl eher ein richtiger Sprung vorwärts als ein Quantensprung.

Die Zeit, als eine Bundesministerin meinte, dass keine LehrerInnen benötigt werden, liegt noch nicht allzu weit zurück – und dass die Lücken nun durch zum Teil nicht adäquat ausgebildete und nicht ausreichend qualifizierte und billige SondervertragslehrerInnen gestopft werden, und wenn gleichzeitig die Idee geboren wird, dass durch Änderungen eines Dienstrechtes nicht benötigte Bedienstete

eines Ministeriums zwischenzeitlich in den Schulen unterrichten sollten, so wird offenkundig, welchen Stellenwert die Ausbildung unserer Kinder hat: Marginal! Man meint halt, jede/r könne unterrichten; es darf ja auch jede/r Kinder bekommen und jede/r ist ja auch einmal in die Schule gegangen.

Da der Hut am Brennen ist, soll auch noch schnell-schnell das LehrerInnendienstrecht geändert werden und die LehrerInnen ohne Lohnausgleich mehr Zeit in der – oft schlecht ausgestatteten – Schule bzw. Klasse verbringen. Wenn man von einer 40-Stunden-Woche ausgeht, heißt das entweder weniger Zeit für die Vorbereitung des Unterrichts oder weniger Nachbereitungszeit. Also entweder weniger Zeit, um auf die in unserer Informationsgesellschaft rapide wechselnden

Anforderungen und Inhalte eingehen zu können – wer seinen LehrerInnenberuf ernst nimmt, bildet sich laufend fort und benötigt mehr Zeit für Vorbereitungen als früher – oder aber weniger Zeit für konstruktives Einzelfeedback der LehrerInnen an die SchülerInnen (Verbesserungen von Hausübungen, Hilfe bei Projektarbeiten etc.).

Wenn man sich allerdings den Wunsch nach Ganztagschulen und/oder (billige) Ganztagsbetreuung durch LehrerInnen vor Augen hält, soll dies alles in der Schule stattfinden und die Schule dann vollends zum Verwahrort für unsere Kinder werden. Schöne neue Welt!

Christian Cenker,
Vorsitzender des UniversitätslehrerInnenverbands

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber:

Verband des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der österreichischen Universitäten (UniversitätslehrerInnenverband)
Ass.-Prof.Mag.Dr. Christian Cenker (Vorsitzender),
Universität Wien, Universitätsstraße 5, 1010 Wien,
Tel.: 01 4277- 39455, E-Mail: christian.cenker@univie.ac.at

Redaktion:

Ao.Univ.-Prof.Mag.Dr. Wolfgang Weigel (Pressereferent),
Universität Wien, Hohenstaufengasse 9, 1010 Wien,
Tel.: 01 4277- 37442, E-Mail: wolfgang.weigel@univie.ac.at
Ass.-Prof.Mag.DDr. Anneliese Legat (Stv. Vorsitzende),
Karl Franzens Universität Graz, Universitätsstraße 15, 8010 Graz,
Tel.: 0316 380-3284, E-Mail: anneliese.legat@uni-graz.at